



2020/27 Ausland

<https://www.jungle.world/artikel/2020/27/revolutionaere-unter-beschuss>

In Kolumbien werden ehemalige Farc-Kämpfer ermordet

Revolutionäre unter Beschuss

Von **David Graaff**

Seit die kolumbianische Regierung und die Farc 2016 ein Friedensabkommen geschlossen haben, wurden zahlreiche ehemalige Kämpfer ermordet. Die aus der Guerilla hervorgegangene Partei macht die Regierenden dafür mitverantwortlich.

»Sie haben ihn vom Motorrad geschossen«, erzählt Elmer Arrieta mit gebrochener Stimme. Sein Sohn Manuel war auf dem Weg in das Dorf Ituango im Nordwesten Kolumbiens, als Unbekannte den jungen Familienvater töteten. Der 24jährige wohnte mit seiner Lebensgefährtin und einem wenige Monate alten Baby in einer der landesweit 26 Demobilisierungszonen. In diesen gaben die Farc-Guerilleros ihre Waffen ab und sollten sich ins zivile Leben integrieren, nachdem sie im September 2016 ein Friedensabkommen mit der kolumbianischen Regierung geschlossen hatten (**Herausforderung Frieden - Die Friedensverhandlungen in Kolumbien sind abgeschlossen**). »Wir hatten ihm ein Motorrad gekauft, so dass er sich als Taxifahrer oder Bote etwas dazuverdienen konnte«, erzählt der Vater, der ein hochrangiger Farc-Kommandeur war. Wer seinen Sohn tötete, ist bislang unklar. »Wir tapsen, was die Motive betrifft, immer noch im Dunkeln. Von der Staatsanwaltschaft habe ich bislang nichts gehört«, sagt Arrieta im Gespräch mit der *Jungle World*. Ein halbes Jahr ist seit dem Tod von Manuel González vergangen. Er sollte nicht das letzte Opfer bleiben. Die aus der Farc hervorgegangene Partei Fuerza Alternativa Revolucionaria del Común (Alternative Revolutionäre Kraft des Volkes) zählt 214 ehemalige Guerilleros, die nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens getötet wurden. In der ersten Hälfte dieses Jahres waren es 31. Von einer »tiefen Tragödie« spricht der Jesuit Francisco de Roux, der Vorsitzende der mit dem Abkommen geschaffenen Wahrheitskommission. Die UN-Mission in Kolumbien mahnt in ihrem jüngsten Bericht an die UN-Vollversammlung erneut an, die Regierung müsse der Angelegenheit höchste Priorität einräumen. Verzweifelt versucht die Führung der Farc-Partei immer wieder, die Aufmerksamkeit auf das Thema zu lenken. Sie spricht bei den Vereinten Nationen sowie dem EU-Sondergesandten für den Friedensprozess in Kolumbien vor und sucht Unterstützung bei der Interamerikanischen Menschenrechtskommission – bislang ohne Erfolg. Das Morden geht weiter.

»Der Tod meines Sohnes hat mich nur darin bestätigt, weiter für den Frieden zu kämpfen.« Elmer Arrieta, ehemaliger Farc-Kommandeur

Die Ermittlungsbehörden wollen weder ein Muster noch einen Plan hinter den Morden erkennen. Der zuständigen Staatsanwaltschaft zufolge sind für drei Viertel der Taten illegale Gruppen verantwortlich, für mehr als die Hälfte davon eine der rund 32 bewaffneten Dissidentengruppen, die sich von der Farc losgesagt haben und nach Angaben des Militärgeheimdiensts mittlerweile rund 4 600 Mitglieder zählen. Rechtskräftige Urteile gibt es bislang jedoch in nur rund fünf Prozent der Fälle.

Sicher ist, dass die ehemaligen Rebellen besonders in jenen ländlichen Regionen gefährdet sind, in denen der Staat nur wenig präsent ist und illegale Geschäfte, allen voran der Drogenhandel, eine wichtige Rolle spielen. Die große Mehrzahl der Morde findet dort statt, wo bewaffnete Gruppen um die territoriale Kontrolle kämpfen. Neben den Dissidentengruppen sind das die Guerilla ELN, die paramilitärischen Autodefensas Gaitanistas und lokale Drogenbanden. Selbst mexikanische Kartelle mischen mit.

Beobachter haben mehrere Vermutungen, warum die ehemaligen Kämpfer ermordet werden. So nehmen diese an staatlichen Substitutionsprogrammen teil, die den illegalen Kokaanbau ersetzen helfen sollen, was den Interessen der bewaffneten Gruppen zuwiderläuft. Möglicherweise fallen sie Selbstjustiz oder persönlichen Racheakten zum Opfer. Es könnte auch sein, dass sie ermordet werden, weil sie in illegale Geschäfte verstrickt waren oder sich der Rekrutierung durch neue bewaffnete Gruppen verweigerten. Doch bewiesen ist bislang nichts davon.

Für die Farc ist entscheidend, dass die Regierung eine Mitschuld an der Situation trage. Sie werfen der rechten Regierung von Präsident Iván Duque und dessen Partei Centro Democrático vor, mit gegen die Farc und den Friedensprozess gerichteten Äußerungen eine Stimmung zu schaffen, die die anhaltende Gewalt gegen die ehemaligen Guerilleros begünstige, ja sogar rechtfertige. Zudem habe die Regierung bislang nur einen Bruchteil der im Friedensabkommen vereinbarten Maßnahmen und Reformen zum Schutz der Kämpfer verwirklicht, so Camilo Fagua, Menschenrechtsanwalt der Farc-Partei. Er sagt: »Der Staat hat zugelassen, dass sich diese Gruppen in den von den Farc zurückgelassenen Gebieten organisieren konnten. Und das, obwohl es in diesen Gebieten eine starke Militärpräsenz gab.«

Während die Behörden Erfolge für sich reklamieren und auf Festnahmen und sogenannte Neutralisierungen im Kampf gegen die bewaffneten Gruppen verweisen, berichten Bewohner der betroffenen Regionen von der Zusammenarbeit der Bewaffneten mit Polizei und Armee. Der Vorsitzende der Farc-Partei, Rodrigo Londoño, wird im Gespräch mit der *Jungle World* deutlicher: »Ein Teil des Militärgeheimdienstes fördert die Bildung bewaffneter Gruppen, die die *líderes sociales* (wörtlich »soziale Anführer«; gemeint sind Menschen, die sich etwa gegen illegalen Bergbau und Landraub einsetzen, Anm. d. Red.) und Ex-Guerilleros töten. Und diese Gruppen stellen sie dann als Dissidentengruppen der Farc dar.«

Auch Arrieta kann es nur schwer mit der Darstellung der Regierung in Einklang bringen, dass in der Region Ituango bereits zwölf ehemalige Kämpfer sowie mehrere ihrer Familienangehörigen ermordet wurden. »Es ist unerklärlich, wie so etwas passieren kann, obwohl nur wenige Kilometer entfernt ein Militärbataillon stationiert ist, das für die Sicherheit der Demobilisierungszone verantwortlich ist«, sagt er. Er glaubt, bewaffnete Gruppen und Sicherheitskräfte wollten die ehemaligen Farc-Kämpfer aus ihrer Siedlung vertreiben. »Weil wir Kommunisten sind«, behauptet er. Die Siedlung liegt strategisch günstig am Kopf einer Schlucht und ist deshalb für die Kontrolle der hier verlaufenden Drogenroute von zentraler Bedeutung. Die wenigen noch verbliebenen Familien, die noch nicht geflüchtet sind, suchen mittlerweile händeringend nach einem neuen Grundstück, und sei es Hunderte Kilometer entfernt.

Die ermordeten ehemaligen Guerilleros sind zu einer heiklen Angelegenheit für die Regierung geworden. Von Frieden im Land kann schwerlich die Rede sein, zumal in Anbetracht von mehr als 500 ermordeten *líderes sociales* seit Abschluss des Friedensabkommens. Fast täglich gibt es Meldungen über Tote, Vertreibungen und Kämpfe. Emilio Archila, der vom Präsidenten eingesetzte Kommissar für Stabilisierung und Konsolidierung, sagte der *Jungle World*, es sei wichtig, »das Thema nicht zu politisieren. Unser gemeinsamer Feind sind die in den Drogenhandel verwickelten Gruppen.« Weder ermutige noch toleriere die Regierung Gewalt gegen frühere Kombattanten. Die meisten Ermordungen seien nicht verübt worden, weil es sich bei den Opfern um ehemalige Farc-Guerilleros handelte, sagt Archila unter Verweis auf Ermittlungsergebnisse der Staatsanwaltschaft.

»Mit dieser Argumentation zieht sich der Staat aus seiner Verantwortung«, widerspricht Fagua. Dem Friedensvertrag zufolge müsse dieser in besonderem Maße für den Schutz jedes einzelnen Ex-Guerilleros sorgen. Fagua ist besorgt, denn mit jedem weiteren Toten wachsen Angst und Misstrauen an der Parteibasis. »Wir können nicht zulassen, dass unsere Leute wieder in den Busch gehen und sich bewaffnen, weil sie ihre Sicherheit nicht garantiert sehen«, sagt er. Für die Dissidentengruppen und die ELN ist es mit Verweis auf die Gewalttaten ein Leichtes, junge Leute in den Konfliktregionen von der Aussichtslosigkeit des Friedensprozesses zu überzeugen. Das Kroc Institute for Peace Studies an der US-amerikanischen University of Notre Dame mahnt in seinem aktuellen Jahresbericht zur Umsetzung des Friedensabkommens, die prekäre Sicherheitslage der ehemaligen Kämpfer könne verheerende Auswirkungen auf die Verwirklichung des Abkommens haben.

Londoño sagt, ihn Sorge vor allem die Verzweiflung wegen der nicht enden wollenden Gewalt. »Das entmutigt die Menschen, sich weiter für den Frieden einzusetzen«, meint er. Auf Arrieta trifft das nicht zu, obwohl er seinen Sohn verloren hat. »Zu keinem Zeitpunkt ist mir durch den Kopf gegangen, alles hinzuwerfen,« sagt er. Schließlich habe er als revolutionärer Kommunist gelernt, kohärent zu handeln. »Der Tod meines Sohnes hat mich nur darin bestätigt, weiter für den Frieden zu kämpfen.«